

12/24 + 01/25

ZÜRCHER
HANDELSKAMMER

STIMME

DER WIRTSCHAFT

Kommentar des Direktors

Gemeinsam Verantwortung übernehmen für den Standort Zürich

Wir sind gefordert – alle. Im Jahr 2025 fordert uns eine Abstimmung zur Steuervorlage 17 heraus. Sie ist wichtig, um die Attraktivität unseres Standorts zu erhalten. Sie sichert Steuersubstrat und damit wichtige Einnahmen für den Kanton. Dabei liegt die Verantwortung nicht allein bei der Politik. Auch die Zürcher Handelskammer und Sie als Mitglied müssen Verantwortung übernehmen.

Alt-Bundesrat Kaspar Villiger sagte kürzlich treffend: «Es ist ganz entscheidend, dass die Unternehmer und Topmanager selber Tatbeispiele dazu liefern, dass ihnen der Zustand des Gemeinwesens nicht egal ist.» Und er fügte hinzu: «Dazu gehört übrigens auch, dass sich Unternehmer und Topmanager zu wichtigen Fragen öffentlich äussern.»

Solche Führungskräfte sind glaubwürdig – und können Zusammenhänge vermitteln. Sie können «rüberbringen», dass Unternehmen unverzichtbare Akteure unserer Gesellschaft sind. Gleichzeitig sind sie aber auch auf gute Rahmenbedingungen angewiesen. Hier besteht in Zürich Handlungsbedarf.

Der Kanton Zürich hat sich in den letzten Jahren im Bereich der Unternehmenssteuern beunruhigend entwickelt. Im aktuellen Steuerbelastungs-Ranking von BAK Economics rangiert Zürich auf dem zweitletzten Platz. Mit der Steuervorlage 17

sollen die Unternehmensgewinnsteuern gesenkt werden. Damit stärken wir den Standort Zürich. Davon profitieren alle Bürgerinnen und Bürger.

Als Zürcher Handelskammer engagieren wir uns bei dieser Abstimmungskampagne aktiv. Der Erfolg hängt aber davon ab, dass wir alle – auch Sie als Unternehmerinnen und Unternehmer – gemeinsam auftreten und klar Stellung beziehen. Denn Wirtschaft und Gesellschaft sind kein Widerspruch. Ein starkes Unternehmen schafft Mehrwert, Innovation und Arbeitsplätze. Das kommt allen zugute.

Daher mein Wunsch an Sie: Übernehmen Sie in Ihrer Rolle Verantwortung und setzen Sie sich aktiv für die Steuervorlage ein. Bringen Sie sich in die Diskussionen ein und sensibilisieren Sie Ihre Mitarbeitenden und Ihr Umfeld für die Bedeutung dieser Reform. Zeigen Sie mit praktischen Beispielen auf, dass eine Steuersenkung für Unternehmen Spielraum für Investitionen und Innovationen gibt – wodurch alle Menschen in unserem Kanton profitieren.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass Zürich ein starker Standort bleibt. ▽

RAPHAËL TSCHANZ, DIREKTOR ZHK

Wachstum als Zumutung? Schweizer Kontroverse um die Zuwanderung

Aktuelle Umfragen zeigen: Zwei Drittel der Schweizerinnen und Schweizer sind besorgt über eine mögliche 10-Millionen-Schweiz. Ebenso viele glauben, dass es die heute Jungen einmal schlechter haben werden als ihre Eltern. Mit dieser Zukunftskepsis verbunden ist ein wachstumskritisches Narrativ, das von Links bis Rechts die Runde macht: Was bringt uns all das Wachstum, all die Zuwanderung? Zahlen und Gedanken zu einer aufgeregten Debatte.

PATRICK LEISIBACH, ÖKONOM, SENIOR FELLOW BEIM THINK TANK AVENIR SUISSE

Die Schweizer Bevölkerung wächst rasant: Gerade einmal 12 Jahre benötigte das Land für die letzte Million. Gleich lange wie für das Erreichen der 6-Millionen-Marke in den rekordverdächtigen 1960er Jahren – eine Zeit mit nicht minder kontroversen Zuwanderungsdebatten. Obschon viele erfolgreiche Länder wachsen, ist das hiesige Ausmass auch im internationalen Vergleich gross. Während etwa Deutschland praktisch stagniert, schrumpfte Italien zuletzt sogar. Dabei scheint glücklich, wer über «zu viel» Wachstum klagen kann: Eine schrumpfende Bevölkerung und eine stagnierende Wirtschaft bringen weit grössere (Verteilungs-)Konflikte mit sich.

Zuwanderung als Folge des Schweizer Jobwunders

Die Bevölkerung wächst einzig dank Zuwanderung. Ohne Einbürgerungen würde die Zahl der Schweizer Staatsbürger seit Beginn der 1990er Jahre schrumpfen. Als Magnet wirken nicht zuletzt attraktive und gut bezahlte Arbeitsplätze. Jeder zweite wandert aufgrund eines Stellentritts in die Schweiz ein; aus Europa sind es sogar zwei Drittel der Neuzuwanderer. Der teilweise mit der Erwerbstätigkeit verbundene Familiennachzug (30%) und die Ausbildung (10%) folgen auf Rang 2 und 3 der Einwanderungsmotive.

Die Alterung ist nicht der massgebende Treiber für die vielen offenen Stellen. Die Hauptursache liegt in einer dynamischen Wirtschaft, die jedes Jahr 50'000 zusätzliche Jobs schafft – zuletzt sogar noch mehr. Während Zuwanderer in der Vergangenheit zwei Drittel dieser neuen Stellen besetzten, war für ein weiteres Drittel die höhere Arbeitsmarktpartizipation besonders der Frauen verantwortlich. Eine noch bessere Ausschöpfung des inländischen Potenzials ist schwierig und teuer.

Wächst die Wirtschaft nur noch in die Breite?

Das Schweizer Jobwunder ist «nur» zur Hälfte dafür verantwortlich, dass die reale Wirtschafts-



Patrick Leisibach,
Avenir Suisse

leistung heute 50% höher ist als im Jahr 2000. Die andere Hälfte wird durch ein jährliches Produktivitätswachstum von rund 1% erklärt – ein im internationalen Vergleich hoher Wert. Von der Produktivität getrieben, wuchs die Wirtschaftsleistung pro Kopf in derselben Periode um rund einen Viertel – nur ganz wenige vergleichbare Länder (insbesondere die USA und Schweden) entwickelten sich besser. Was dabei häufig vergessen geht: Die Schweiz wächst auf hohem Niveau. Selbst wenn andere Länder schneller wachsen, können sie die absolute Wohlstands-Lücke zur Schweiz kaum verringern.

Mit der Wirtschaft wuchsen auch die Löhne: real plus 17% seit dem Jahr 2000 (Medianlohn). Dazu kommen leicht sinkende Arbeitszeiten – auch pro Vollzeitstelle. Und: Das Wachstum bescherte dem Staat stetig steigende Steuereinnahmen. Der Fantasie für neue Ausgaben waren in den letzten Jahren kaum Grenzen gesetzt.

Die gute Entwicklung kaschiert jedoch, dass sich das Wachstum auf einzelne Branchen konzentriert. Vielerorts zeigt sich eine stagnierende oder sogar negative Produktivitätsentwicklung. Aus dem Rahmen fällt die pharmazeutische Industrie. Nirgendwo sonst wird pro Arbeitsplatz auch nur annähernd so viel Wertschöpfung gene-

riert. Die Branche ist für die Hälfte des Schweizer Wachstums verantwortlich.

In kaum einer anderen Branche zeigt sich zudem die Bedeutung der Zuwanderung besser. Ausländerinnen und Ausländer waren für die Gründung vieler der bedeutendsten Pharmaunternehmen – darunter Roche, Novartis und Lonza – (mit-)verantwortlich und stellen die Mehrheit der Arbeitskräfte in den jeweiligen Unternehmen.

Auch heute sind Menschen ohne roten Pass an 3 von 4 Startup-Gründungen beteiligt. Dank ihnen schafft es die Schweiz, sich laufend neu zu erfinden, zukunftsfähige Branchencluster zu etablieren und den Strukturwandel erfolgreich zu bewältigen. Dafür braucht es eine kritische Grösse an hochqualifizierten Fachkräften, die ohne Zuwanderung nicht zu stemmen ist. Das hiesige demografische Potenzial ist seit jeher zu klein für die Schweizer Wirtschaftskraft.

Die Bedeutung der Zuwanderung zeigt sich ebenso auf der anderen Seite des Wertschöpfungsspektrums: So wird etwa auch im Bau oder Gastgewerbe jeder zweite Arbeitsplatz durch Ausländer ausgefüllt – Jobs, die viele Schweizer meiden. Stattdessen arbeiten die Einheimischen verstärkt in der Verwaltung oder in staatsnahen Sektoren. Je nach Sichtweise sieht man darin eine für beide Seiten positive «Arbeitsteilung» oder aber – angelehnt an das Wirtschaftsmodell der Golfstaaten – eine gefährliche «Dubaiisierung» der Schweiz.

Negative Effekte des Wachstums

Das starke Bevölkerungswachstum hat seinen Preis. Dieser ist in der Schweiz weniger kultureller Natur, ist die Zuwanderung doch überdurchschnittlich europäisch geprägt. Von grösserer Bedeutung sind «Füllungskosten»: Der Boden wird knapper, die Infrastruktur ist überlastet, Wohnen wird teurer.

Der Personenverkehr auf der Schiene stieg beispielsweise im Vergleich zum Jahr 2000 um fast 80%, die Stautunden auf den Nationalstrassen sogar um den Faktor 5. Das hat mit der Zuwanderung zu tun, aber nicht nur. Die Mobilität hat sich vom Bevölkerungswachstum längst entkoppelt. Der nötige Kapazitätsausbau wird derweil immer schwieriger und teurer – und finanziell von allen Ansässigen geschultert.

Dazu kommen träge Strukturen, die verhindern, dass die «Wachstumsschmerzen» effizient und effektiv angegangen werden können. So führt fehlende Kostenwahrheit zu einer Übernachfrage; der Ausbau findet angesichts regionalpolitisch geprägter Investitionsentscheide nicht primär dort statt, wo die grössten Engpässe liegen. Ähnlich gelagert sind die Probleme bei der fortschreitenden Zersiedelung: Während viele Baulandreserven am falschen Ort liegen, opponiert die Bevölkerung in den Städten gegenüber stärkerer Verdichtung.

Für den «Dichtestress» wie auch die gesamte Diskussion gilt: Es gibt kein objektiv bestimmtes Optimum an Zuwanderung oder Bevölkerungswachstum. Viele Nachteile des Wachstums sind subjektiver Natur, aber deshalb nicht minder wichtig. Die Nettobilanz fällt entsprechend individuell unterschiedlich aus. Klar scheint nur: Beim aktuellen Tempo des Bevölkerungswachstums rücken die negativen Effekte verstärkt in den Vordergrund, die Kosten-Nutzen-Bilanz verschlechtert sich.

Während auch in diesem Jahr eine hohe Nettomigration verzeichnet wird, ist die Entwicklung ungewiss. So bleibt die Schweiz für Ausländer etwa wegen der hohen Lohndifferenzen zwar attraktiv. Gleichzeitig wird es schwieriger, aus Europa Arbeitskräfte zu rekrutieren, weil die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zusehends schrumpft.

Möchte man die Standortattraktivität nicht fahrlässig aufs Spiel setzen, sind primär drei Antworten auf das Wachstum denkbar: Erstens kann man versuchen, innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens drosselnd auf die Zuwanderung einzuwirken (zum Beispiel beim Familiennachzug aus Drittstaaten). Ob sinnvoll oder nicht: Der Spielraum ist beschränkt – der Elefant im Raum bleibt die Personenfreizügigkeit, weil sie das Zuwanderungsgeschehen dominiert. Zweitens lassen sich die negativen Effekte des Wachstums direkt adressieren, etwa durch Infrastrukturausbau und bessere Raumordnung. Diesen Massnahmen sind indes natürliche und politische Grenzen gesetzt.

Zuwanderung steuern – aber wie?

Drittens liesse sich die Zuwanderung über einen anderen Steuerungsmechanismus reduzieren. Dies ist aber leichter gesagt als getan. Andere Staaten hadern trotz anderer Systeme genauso mit der Zuwanderung: Überall kommen entweder «zu viele», «zu wenige» und/oder «die Falschen». Das gilt auch für angebliche Vorzeigeländer wie Grossbritannien (wo seit dem Brexit die Zuwanderungszahlen in die Höhe schnellen) oder Australien (wo die Wirtschaft trotz einem Punktesystem die notwendigen Arbeitskräfte nicht findet).

Hierzulande geht oft vergessen, wie bürokratisch, strukturhaltend und wachstumshemmend die (schlecht qualifizierte) Zuwanderung im Kontingentsystem vor der Personenfreizügigkeit wirkte. Viel Anlass zur Hoffnung bietet deshalb auch die gegenwärtig diskutierte Schutzklausel mit Höchstzahlen nicht.

Wer die Zuwanderung effektiv begrenzen will, sollte zumindest auf ein möglichst effizientes Instrument setzen. Dies könnte eine Steuerung über den Preis mittels Zuwanderungsabgabe sein. Zugleich sollte man sich keine Illusionen machen: Eine solche Abgabe dürfte das Ende der bilateralen Verträge mit der EU bedeuten. zhk.ch ▽

ZHK News

FÜR EINEN STARKEN STANDORT ZÜRICH

Ein breites Bündnis aus Vertreterinnen und Vertretern von SVP, FDP, GLP und Die Mitte sowie zahlreichen Verbänden hat die «Allianz für einen starken Standort Zürich» lanciert, um sich im kommenden Abstimmungskampf gemeinsam für die Steuervorlage zu engagieren.

Am 4. November hat der Kantonsrat den zweiten Umsetzungsschritt der Steuervorlage 17 beschlossen. Dieser sieht eine moderate Steuererleichterung für Unternehmen vor. Die Steuerbelastung für Unternehmen sinkt damit um 1,5 Prozentpunkte auf 18,2 Prozent (direkte Bundessteuer, Staats- und Gemeindesteuern in der Stadt Zürich). Regierungsrat und Kantonsrat wollen damit dem Problem entgegenwirken, dass immer mehr Unternehmen von Zürich aufgrund der hohen Steuerbelastung in benachbarte Kantone abwandern. Der Handlungsbedarf ist gross und ausgewiesen. Im kürzlich erschienenen Steuerbelastungsmonitor von BAK Economics rangiert der Kanton Zürich auf dem 25. Platz – nur Bern besteuert höher. Seit 2006 hat Zürich 12 Ränge eingebüsst. Allein im Jahr 2022 haben 137 Firmen mehr den Kanton verlassen, als aus anderen Kantonen nach Zürich zugezogen sind. Da SP, Grüne und AL im Kantonsrat das Referendum gegen die Vorlage angekündigt haben, wird es im kommenden Jahr zur Volksabstimmung kommen.

Unterdessen hat ein breites Bündnis aus Vertreterinnen und Vertretern von SVP, FDP, GLP und die Mitte sowie zahlreichen Organisationen (u.a. die Zürcher Handelskammer, der KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich sowie weitere Verbände aus dem Forum Zürich) und verschiedene Unternehmerinnen und Unternehmer die «Allianz für einen starken Standort Zürich» lanciert, um sich im kommenden Abstimmungskampf gemeinsam für die Vorlage zur Steuererleichterung im Kanton Zürich zu engagieren.

Immer mehr Unternehmen wandern ab

Zürich verliert an Wirtschaftskraft: Jahr für Jahr verlassen immer mehr Unternehmen den Kanton. Sie wandern mittlerweile nicht nur nach Zug, sondern auch in weitere benachbarte Kantone wie Aargau, Thurgau, St. Gallen oder Schaffhausen ab. Allein im Jahr 2022 hat Zürich unter dem Strich 137 Unternehmen verloren, 2021 waren es 347 Firmen. Grund dafür ist, dass der Kanton Zürich zusammen mit Bern die höchste Steuerbelastung

für Unternehmen in der ganzen Schweiz hat. Dazu Ständerätin Tiana Moser (GLP): «Mit der Steuervorlage stärken wir Wirtschaft und Forschung im Kanton Zürich. Davon profitieren wir alle.»

Die Erfahrung anderer Kantone zeigt, dass gezielte Steuererleichterungen der richtige Weg sind, um Unternehmen und damit Arbeitsplätze im Kanton zu halten. Nationalrat Andri Silberschmidt (FDP) sagt: «Noch vor wenigen Jahren war beispielsweise der Kanton Luzern in einer schwierigen finanziellen Situation – heute profitiert der Kanton dank konsequenten Steuererleichterungen von satten Mehreinnahmen aufgrund von Unternehmensgründungen und Zuzügen.» Und weiter sagt Nationalrätin Nina Fehr Düsel (SVP): «Mit der Steuervorlage sichern wir Steuersubstrat für unseren Kanton. Verlieren wir Unternehmen an andere Kantone, zahlt jeder und jede von uns am Schluss mehr. Die Steuervorlage ist also eine gute Investition in unseren Standort Zürich.»

Gut für den ganzen Kanton

Heute machen die Unternehmenssteuern rund 20% des gesamten Steueraufkommens des Kantons aus. Klar ist also: Damit sich Zürich wichtige Investitionen in Bildung und Infrastruktur auch in Zukunft leisten kann, muss diese Basis erhalten und ausgebaut werden. Nicole Barandun, Nationalrätin (Die Mitte) und Präsidentin Gewerbeverband Stadt Zürich, betont: «Die Steuervorlage ist der richtige Weg, damit unser Kanton stark bleibt und wir auch in Zukunft lebendige Städte und Gemeinden haben, in denen die Menschen, die dort leben, attraktive Arbeitsplätze finden.»

Weitere Informationen zur Steuervorlage und zur «Allianz für einen starken Standort Zürich»: www.steuersenkung-ja.ch/home ▼

EIN STABILES VERHÄLTNISS ZUR EU IST WICHTIG – ABER WIE?

Die bilateralen Verträge mit der EU sind wichtig: Darüber herrschte an einem Podium von Siemens, der Zürcher Handelskammer und der Initiative stark+vernetzt Einigkeit. Wie der bilaterale Weg zu entwickeln ist, das haben Carl Illi, CEO von CWC Textil AG, Joël Mesot, Präsident der ETH Zürich, Nina Fehr Düsel, Nationalrätin SVP, und Balz Halter, Verwaltungsratspräsident der Halter Group, kontrovers diskutiert.

Die Bilateralen I wurden vor 25 Jahren und die Bilateralen II vor 20 Jahren in Kraft gesetzt. Seit-

dem profitiert die Schweiz vom bewährten Vertragswerk mit der EU. Mit den Bilateralen III soll dieser Erfolgsweg fortgesetzt und gestärkt werden. Doch wie sichern wir den bilateralen Weg der Schweiz mit der EU? So lautete die Ausgangsfrage am Podiumsgespräch bei Siemens in Zürich.

Gerd Scheller, CEO Siemens Schweiz, betonte einleitend, dass Siemens hier investiere, weil der Markt innovativ sei, ein liberaler Arbeitsmarkt existiere und gut ausgebildete Fachkräfte vor Ort seien. Die bilateralen Verträge ermöglichten, diese Standortvorteile zu festigen. Gerd Scheller wies aber auch darauf hin: «Man muss aufpassen, dass die Kompensationsmassnahmen zur Schaffung der politischen Akzeptanz des neuen Vertragswerks, die nichts mit den bilateralen Verträgen zu tun haben, nicht zu gross werden und unseren Standortvorteilen entgegenwirken. Ich denke hier zum Beispiel an die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen.»

«Die EU ist der grösste Markt»

Carl Illi, CEO von CWC Textil AG und Präsident von Swiss Textiles, legte den Fokus auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel: «In einigen Jahren wird es einen Wettkampf um Arbeiterinnen und Arbeiter geben. Wenn wir an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, wird der Standort Schweiz erodieren.» Als Unternehmer müsse er zudem auf der grössten Klaviatur spielen können. «Der grösste Markt ist die EU – wir müssen nicht meinen, dass alles, was wir mit der EU abbauen, in kurzer Zeit mit anderen Ländern kompensiert werden kann.»

Zur umstrittenen dynamischen Rechtsübernahme argumentierte Carl Illi, dass die Firmen, die in die EU exportieren, sowieso betroffenen und die Regulierung übernehmen müssten. Mit dem aktuellen Vertragspaket könnten wir aber Einfluss auf die Entwicklung der dynamischen Rechtsübernahme nehmen.

SVP-Nationalrätin Nina Fehr Düsel hielt dagegen: «Wollen wir unsere Unabhängigkeit preisgeben und uns dem Gericht der Gegenpartei unterstellen – und dazu noch Milliarden zahlen?» Das Resultat der Verhandlungen liegt zwar noch nicht vor, doch Nina Fehr Düsel sagte: «Die grossen Linien sind in der Verhandlungsgrundlage, dem Common Understanding, bereits festgelegt, es gibt nicht mehr viel zu verhandeln.» Sie sei gegen dieses Vertragspaket, das irrtümlicherweise Bilaterale III genannt werde. Es bringe mehr Nachteile als Vorteile, für die souveräne Schweiz sei es nicht tragbar. Sie sei aber nicht gegen die Weiterführung des bilateralen Wegs.

Genau dies betonte auch Balz Halter, Verwaltungsratspräsident der Halter Group. Und er fügte an: «Tatsache ist, dass wir gemessen am Common Understanding über einen institutionellen Rahmenvertrag sprechen, der sehr einseitig ist. Den Preis, den wir für einen privilegierten Zugang

zum EU-Binnenmarkt bezahlen, ist zu hoch.» Auch ohne den privilegierten Zugang zum EU-Markt könne die Schweiz auf Basis der WTO-Verträge und dem Freihandelsabkommen Güter in die EU liefern. Ein obligatorisches Referendum ist für ihn angesagt, weil der neue Rahmenvertrag Verfassungsrang habe. Eine Abstimmung kann für Balz Halter positive Wirkung haben: «Eine Ablehnung wäre ein Signal an Brüssel, an das Parlament, aber auch an den Bundesrat, dass die Schweiz sich nicht weiter einbinden lassen will.»



Engagiertes Podiumsgespräch (von links nach rechts): Balz Halter, Carl Illi, Joël Mesot und Nina Fehr Düsel.

Joël Mesot, Präsident der ETH Zürich, brachte an dem Anlass die Perspektive der Wissenschaft ein. Er sagte: «Für die Wissenschaft steigt die Bürokratie aus der EU nicht, anders als bei den Unternehmen, dort mag das stimmen.» Auch er sei der Meinung, dass es eine Abstimmung und eine vertiefte Diskussion brauche. Dabei gelte es differenziert zu berücksichtigen, dass Zuwanderung auch Chancen biete.

Über 50% der Physiker, Mathematiker und Informatiker, die in unserem Land tätig sind, würden nicht in der Schweiz ausgebildet. 70% der Startups werden zudem von ausländischen Studierenden gegründet. Der ETH-Präsident betonte: «Unsere Wirtschaft ist sehr erfolgreich, sie wächst und ist deshalb auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen.» zhk.ch

BERICHT AUS DEM ZÜRCHER KANTONS RAT: DEN MITTELSTAND STEUERLICH VOR STEILER PROGRESSION SCHÜTZEN

Der Kantonsrat hat eine Motion überwiesen, die einen Ausgleich der sogenannten «warmen» Progression fordert. Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, dem Kantonsrat respektive der zuständigen Kommission einen Bericht und Antrag vorzulegen.

Um was geht es?

Mit 100 zu 76 Stimmen hat der Kantonsrat die Motion «Regelmässiger Ausgleich der warmen Progression» von FDP, SVP und GLP angenommen. Der Ausgleich der «warmen» Progression bewirkt, dass bei der Gestaltung der Progressionsstufen nicht nur die Teuerung berücksichtigt wird, sondern auch der Anstieg der Nominallöhne, der durch Produktivitäts- bzw. Reallohnwachstum bedingt ist. Laut Erstunterzeichner Mario Senn (FDP) bedeutet der Verzicht auf einen Ausgleich der warmen Progression faktisch eine laufende Steuererhöhung, die zudem eine ausgesprochen degressive Wirkung hat und folglich Menschen mit tieferen Einkommen und den Mittelstand stärker belastet als Gutverdienende.

Was ist umstritten?

Die Debatte im Kantonsrat drehte sich wenig überraschend insbesondere um die Höhe der Steuerausfälle bei Annahme der Motion. Die Gegner der Vorlage monierten, dass die Umsetzung bis zu 240 Millionen Franken kosten dürfte. Zudem gebe es mit dem Ausgleich der «kalten Progression» bereits ein wirksames Instrument.

Wie geht es mit der Motion weiter?

Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, dem Kantonsrat respektive der zuständigen Kommission einen Bericht und Antrag vorzulegen. Nach der Beratung in der Kommission kommt die Vorlage wieder in den Kantonsrat zur Schlussabstimmung.

Was ist die Meinung der ZHK?

Die Zürcher Handelskammer begrüsst die Annahme der Motion. Regelmässige Überschüsse der Staatsfinanzen sollen an die Steuerzahlenden zurückfliessen. Die Gegner der Vorlage warnen vor Steuerausfällen in der Höhe von 240 Millionen Franken. Das ist grundlegend falsch. Gemäss der Forderung der Motionäre soll die warme Progression nicht rückwirkend ausgeglichen werden, sondern in der Zukunft. Die ins Feld geführten 240 Millionen Franken würden anfallen, wenn die seit 2012 aufgelaufene warme Progression auf einen Schlag ausgeglichen werden würde. Dies steht aber nicht zur Debatte. zhk.ch



NEUJAHRSPÉRO ZUM THEMA JUST CULTURE

Am Montag, 13. Januar 2025, lädt die Zürcher Handelskammer auf 18 Uhr ins Hotel Hyatt Zürich ein, um gemeinsam über ein Thema zu sprechen, das Erfolg und Innovation antreibt: den konstruktiven Umgang mit Fehlern.

Von der Luftfahrt bis zur Medizin – konkrete Beispiele aus Hochrisikobranchen zeigen, wie «Just Culture» und «Never Events» neue Standards setzen. Fachleute zeigen auf, wie Organisationen von einer aktiven Fehlerkultur profitieren. Begrüssen wird um 18 Uhr Dr. Karin Lenzlinger, Präsidentin der Zürcher Handelskammer. Inputreferate halten Prof. Dr. iur. utr. Brigitte Tag, Expertin in Strafrecht und Medizinrecht, Adrian Kaegi, CEO ViciMed AG, ehem. Staatsanwalt für schwere Gewaltkriminalität und Ärztefälle. Auf dem Podium treten zusätzlich auf: Martin Wyler, ehemaliger Pilot Patrouille Suisse und Kapitän bei SWISS, Dr. med. Sven Staender, ehem. Chefarzt und stv. Direktor Spital Männedorf, und Thomas Huggler, CEO Balgrist. Das Schlusswort hält Philipp Marti, Präsident Arbeitgeber Zürich VZH. Ein Apéro riche bietet zum Ausklang Gelegenheit für Networking in anregender Atmosphäre. zhk.ch



FÜNF FRAGEN AN MATTHIAS AELLIG, GROUP CHIEF EXECUTIVE OFFICER (GROUP CEO) SWISS LIFE

1. Was macht Zürich aus Ihrer Sicht standortpolitisch gut – und wo besteht Luft nach oben?

Stabile Rahmenbedingungen, die gute Erreichbarkeit und eine hohe Lebensqualität machen den Kanton Zürich attraktiv. Sorgen bereiten uns die Steuersituation und die zunehmende Regulierung auf verschiedenen Ebenen, beispielsweise im Bereich Bauen und Wohnen.

2. Im Bereich der Steuerbelastung hat der Kantonsrat eine moderate Senkung des Gewinnsteuersatzes von 7 auf 6 % beschlossen. Die Linke ergreift das Referendum. Wie wichtig ist ein Ja der Zürcher Stimmberechtigten zu dieser Vorlage?

Die Steuerbelastung ist im internationalen Vergleich zwar moderat, im nationalen Vergleich



aber hoch. Ich teile die Ansicht von Regierung und Parlament, dass der Kanton Zürich klaren Handlungsbedarf hat: Er liegt schweizweit auf dem zweitletzten Platz. Mit der Senkung wird Zürich noch lange kein Steuerparadies. Von einer starken Wirtschaft profitieren alle Zürcherinnen und Zürcher.

3. Stark umkämpft ist das Thema Wohnen: Was braucht es, damit wieder mehr gebaut werden kann?

Genf und Basel zeigen, dass Regulierungen wie eine Wohnschutzinitiative kontraproduktiv sind. In Genf ist der Immobilienpark inzwischen veraltet. Es wäre unklug, wenn Zürich solche offensichtlich falschen Rezepte kopieren würde. Wir müssen vielmehr die bestehende Bausubstanz unterhalten und, wo sinnvoll und möglich, erneuern und zusätzlichen Wohnraum schaffen. Hier helfen schnellere Verfahren.

4. Am 18. März 2024 hat der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU über die Bilateralen III aufgenommen. Welche Bedeutung hat für Sie und Ihr Unternehmen die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs?

Die Schweizer Versicherungswirtschaft verfügt über ein gültiges Dienstleistungsabkommen mit der EU, das in den laufenden Verhandlungen nicht hinterfragt wird. Das ist für die Versicherungsbranche mit ihrer hohen Wertschöpfung wichtig. Da noch kein ausgehandelter Vertrag vorliegt, nehme ich zu weitreichenden Themen, wie z.B. Auswirkungen auf die Standortqualität, heute noch keine Einschätzung vor.

5. Swiss Life hat zusammen mit der Flughafen Zürich AG in das Milliardenprojekt «The Circle» investiert und hält eine 49-Prozent-Beteiligung. Wie entwickelt sich das Engagement, was sind die Perspektiven?

Der Circle hat sich zu einem beliebten und erfolgreichen Business- und Dienstleistungshub entwickelt, wo sich jeden Tag mehrere Tausend Menschen begegnen, um zu arbeiten, zu verwei-

len oder etwas zu erledigen. Die Auslastung der Büros ist sehr gut, und auch die gastronomischen Angebote, Dienstleistungen aus dem Gesundheitsbereich sowie das Hotel- und Convention-Angebot haben sich sehr gut etabliert. zhk.ch

Neue ZHK-Mitglieder

Pedersen & Partners Executive Search

Pedersen & Partners ist mit 56 eigenen Büros in 50 Ländern eines der grössten europäischen Executive Search Unternehmen der Welt. In der Schweiz wird das Unternehmen u.a. durch fünf Client Partner vertreten und ist neben dem hochklassigen Headhunting auch auf Leadership Consulting spezialisiert. Dank unserer Grösse können wir für jede Branche ausgewiesene Experten anbieten und unterstützen bei Rekrutierungen von Verwaltungsräten, C-Level Funktionen sowie Fach- und Führungskräften ab dem mittleren Management.

www.pedersenandpartners.com

Recruiting Talents GmbH

Recruiting Talents bietet mit 20 Jahren Erfahrung massgeschneiderte HR- und Recruiting-Lösungen. Wir unterstützen KMUs und Grosskonzerne dabei, die besten Talente zu finden und HR-Prozesse zu optimieren. Unsere Services umfassen Executive Search, Direct und Active Sourcing, Recruiting as a Service, Personalmarketing, HR Consulting und mehr. Vertrauen Sie auf unsere Expertise und lassen Sie uns gemeinsam Ihre Erfolgsgeschichte schreiben.

www.recruitingtalents.ch

Paxedra AG

Die Paxedra AG ist eine Public-Affairs-Agentur, spezialisiert auf die strategische Interessenvertretung an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir entwickeln ganzheitliche Public-Affairs-Strategien und setzen diese zusammen mit unseren Kundinnen und Kunden um. Wir begleiten Gesetzgebungsprojekte umfassend, verhandeln mit Behörden und organisieren Stakeholder-Anlässe – stets mit dem Ziel, unsere Kundinnen und Kunden optimal zu positionieren.

www.paxedra.ch

Aktuelle Events

13. JANUAR
2025

Neujahresapéro 2025

27. MÄRZ
2025

Partner Event – Das ABC
des Kündigungsrecht

28. JANUAR
2025

Partner Event – Vermeidung
von Haftungsrisiken

4. MÄRZ
2025

Panel zu den Bilateralen III mit
Staatssekretär Alexandre Fasel

11. MÄRZ
2025

Partner Event – Aktuelle
arbeitsrechtliche Rechtsprechung

Abonnieren
Sie auch unseren
elektronischen
Newsletter unter:

[www.zhk.ch/
newsletter](http://www.zhk.ch/newsletter)

Impressum

Die Zürcher Handelskammer vertritt als branchenübergreifender Wirtschaftsverband die Interessen ihrer rund 1100 Mitglieder in den Kantonen Zürich, Zug und Schaffhausen. Sie setzt sich seit 150 Jahren für liberale und wettbewerbliche Rahmenbedingungen für Unternehmen ein und bietet zahlreiche Dienstleistungen für die exportierende Wirtschaft an.

Die ZHK behält sich vor, eingesandte Texte zu kürzen oder zu modifizieren.

Quellen

ZHK, rivedia.com

Zürcher Handelskammer

Löwenstrasse 11, Postfach,
8021 Zürich, zhk.ch

Direktion

+41 (0)44 217 40 50
direktion@zhk.ch

Beglaubigungen / Carnet ATA

+41 (0)44 217 40 40
beglaubigung@zhk.ch

Weitere Informationen sowie die Anmeldung für diese und andere ZHK- und Partner-Events finden Sie unter:
www.zhk.ch/events ▾

